



HESSISCHER LANDTAG

26. 03. 2019

WKA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion der AfD

Goethe-Universität: „Löschung von unliebsamen Personen“

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie steht die Landesregierung zum Entschluss der Goethe-Universität Frankfurt, den Professor für Geistes-/Politikwissenschaften Prof. Dr. Egbert Jahn, welcher bereits über 35 Jahre Dozent/Lehrbeauftragter an dieser Universität ist, komplett aus dem Vorlesungsverzeichnis sowie Personenregister zu streichen?
2. Wurden in der Vergangenheit andere Dozenten bzw. Lehrbeauftragte auf ähnliche Art und Weise aus den Registern gestrichen?
3. Wenn ja; wann, wieso und wer wurde aus den Verzeichnissen gelöscht?
4. Ist die Löschung aus allen Registern gleichbedeutend mit einer Suspendierung?
 - a) Wenn ja, welche Gründe haben zu dieser Suspendierung geführt?
 - b) Wenn nein, wann wird Prof. Dr. Jahn wieder eingesetzt?
 - c) Wenn nein, wann werden die Daten von Prof. Dr. Jahn wieder online verfügbar sein?
5. Gibt es an der Goethe-Universität Frankfurt für Lehrpersonal besondere Vorschriften, Regeln, oder Anweisungen, an welchen politischen Veranstaltungen sie teilnehmen dürfen, bzw. in welchem Grad sie selbst politisch aktiv sein dürfen?

Begründung:

Im Artikel „Flüchtlings-Professor von Uni kaltgestellt“ (BILD-Zeitung vom 26. März 2019) wird über die Entscheidung der Goethe-Universität Frankfurt berichtet, den Professor für Geistes-/Politikwissenschaften Prof. Dr. Egbert Jahn aus dem Vorlesungsverzeichnis sowie dem Personenregister zu löschen.

Mögliche Ursache für die Löschung seiner Person aus allen Registern war angeblich der Besuch eines Werkstattgespräches der CDU gewesen, an welchem er als Referent teilnahm.

In den letzten Jahren hat sich im akademischen und öffentlich Raum der Rahmen des Sagbaren drastisch verengt. Dies bedroht die akademische Freiheit.

Gerade in der Wissenschaft ist die Diskursfreiheit maßgeblich verantwortlich für Fortschritt und Entwicklung. Die Meinungsfreiheit ist eines unserer höchsten Güter und sollte besonders in der Wissenschaft hochgehalten werden.

Wiesbaden, 26. März 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe